

Wie lange noch — auf lateinisch: quousque tandem — waren die Eingangsworte, die Cicero in seiner ersten Rede gegen Catilina dem Römischen Senat entgegenschleuderte. Heute, über 2000 Jahre später, frage ich mit den gleichen Worten: **Wie lange noch will die Sowjetunion den Menschen die Einreise in das nördliche Ostpreußen und damit auch in die Provinzhauptstadt Königsberg in menschenverachtender Weise verweigern?**

In allen Jahren meines politischen Wirkens habe ich jede Gelegenheit genutzt, bei der sowjetischen Seite die Aufhebung der Einreiseperrre anzumahnen, durch persönliche Interventionen bei sowjetischen Politikern und durch die Einschaltung meiner politischen Freunde bei ihren Kontakten mit führenden Sowjets in Moskau und in Bonn. Bundespräsident Karl Carstens hat dies beispielhaft gegenüber Breschnew getan, als er in Bonn war, und ich habe Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Namen der Landsmannschaft Ostpreußen gebeten, es bei künftigen Besuchen genauso zu halten! Mein Eindruck war, daß das nicht nur sehr aufmerksam von ihm registriert wurde, sondern auch wohlwollend erwogen wird. Bisher sind alle Versuche an der ebenso uneinsichtigen wie granitharten Haltung der Sowjetunion gescheitert. Während es unseren Landsleuten aus den anderen deutschen Ostgebieten längst möglich ist — und von dieser Möglichkeit wird von jung und alt vielfältig Gebrauch gemacht —, ihrer Heimat wieder persönlich zu begegnen, wird uns dies rigoros und ausnahmslos von der Sowjetunion verwehrt.

Ich versichere Ihnen: Ich werde mich mit diesem „Njet“ nicht abfinden, sondern vielmehr hartnäckig und ausdauernd für unser Recht eintreten.

„Warum“ — so könnten manche resignierend-kleinmütig fragen — „warum sich für

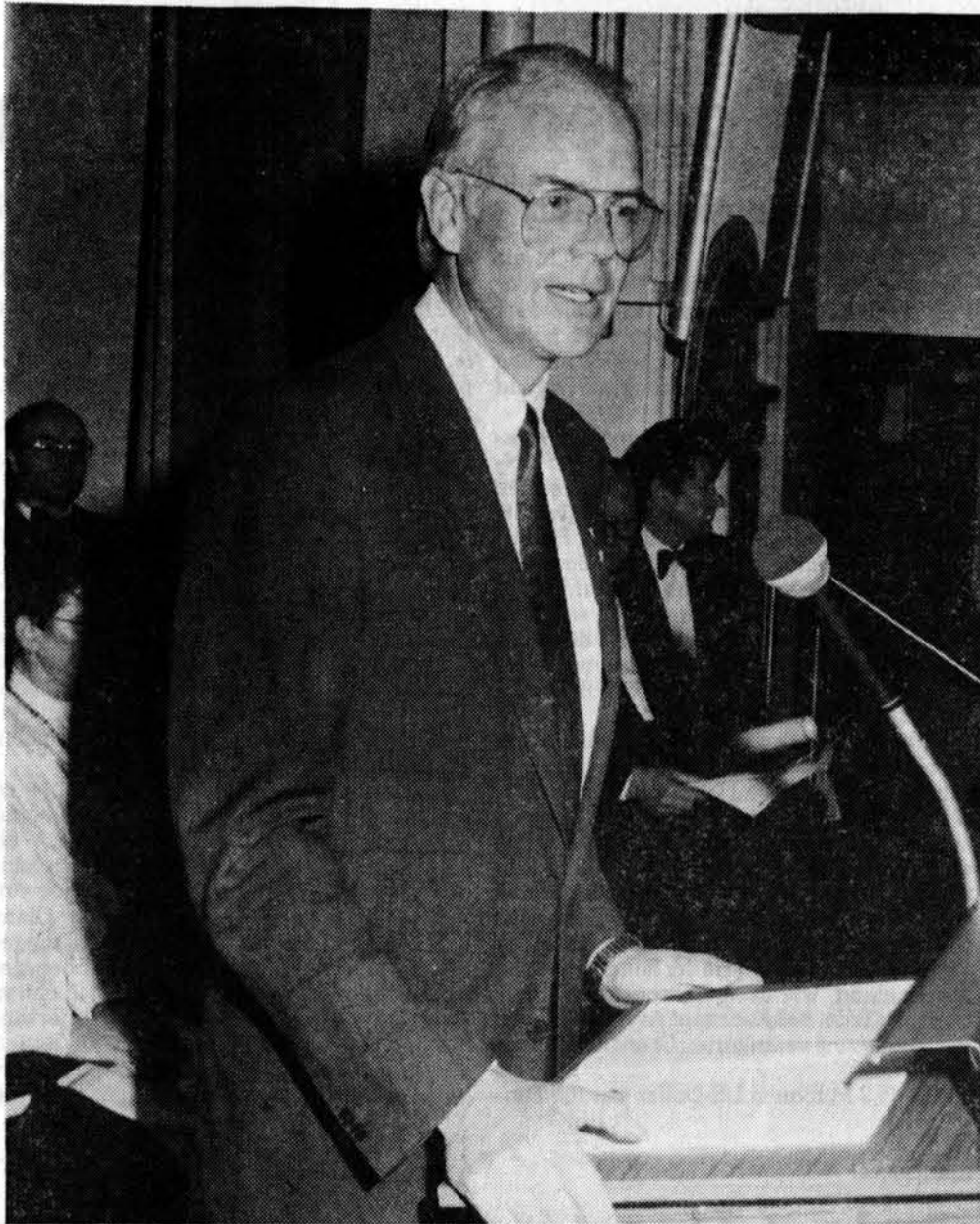
Ist die Heimat „überholt“?

eine Besuchsmöglichkeit in der Heimat stark machen, wenn denn die Heimat als solche für uns verlorengegangen scheint?“ Darauf antworte ich: Die endgültige Antwort der Geschichte steht aus. Wir stehen zu unserer Heimat. Die Heimat ist nach meiner Überzeugung für die Menschen ein außerordentlich wichtiger Bezugspunkt, nicht nur für die dort Geborenen, sondern auch für die nachwachsende Generation. Gerade bei den jungen Menschen wird die Frage „woher kommen wir“ immer häufiger und vernehmlicher gestellt.

„Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn ihm Geiste töten.“ Dies sind wichtige Kernsätze aus der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950. Papst Pius XII. hat die Vertreibung aus der Heimat einen „anmaßenden Eingriff in die Rechte Gottes, des Schöpfers und Erlösers“ genannt. Nach Thomas von Aquin ist es eine Art Partnerschaftsverhältnis, das den Menschen mit seiner Heimat und seinem Vaterland verbindet.

Manche meinen, Liebe zur Heimat sei etwas Konservatives, etwas Rückständiges, ein lästiger Ballast, ein überholter Anachronismus hoffnungsloser Romantiker oder ewig Gestriger. Ich meine all dies nicht. Ich halte es für in gutem Sinne modern, seine Heimat zu lieben. Wir brauchen Wurzeln, aus denen unsere Kraft für den Existenzkampf kommt. Wir brauchen Geborgenheit, die uns der überschaubare Raum unserer vertrauten Umgebung bietet. Wir brauchen Menschlichkeit und Wärme, die uns die lebendige Beziehung zu unserer heimischen Umwelt gibt. Wir brauchen Verwurzelung in der überwiegend großartigen Geschichte unseres Volkes, damit wir Orientierung für die Gegenwart und unseren Kurs in die Zukunft gewinnen. Dies alles sind zeitlose Werte, die uns Kraft geben und die es zu verteidigen gilt. Und ein kleiner erster Schritt, die Heimat wieder erfahrbar zu machen, wäre die Eröffnung der Möglichkeit, sie zumindest wieder besuchen zu können.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat vor einigen Tagen öffentlich erklärt: „Die Menschenrechte und die Freiheit der Menschen sind für uns weiterhin der Kern der deutschen Frage. Sie in einem freien und geeinten Europa einzulösen, bleibt unser nationaler und europäischer Auftrag. Deshalb muß eines ganz klar sein: Wir lehnen jeden Versuch ab, der darauf abzielt, die Präambel unseres Grundgesetzes zu ändern. Im Rahmen einer europäischen Friedensordnung in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, ist unsere nationale Verpflichtung.“



Dr. Ottfried Hennig MdB vor den Königsbergern in Hamburg: Dort hielt der Sprecher der Landsmannschaft die Rede, die wir hier leicht gekürzt veröffentlichen Foto Graw

Da wir uns kompromißlos der Freiheit verpflichtet fühlen, verfolgen wir zwei Ziele:

- Die deutsche Teilung auf friedlichem Weg durch einen Prozeß der Verständigung und in Freiheit zu überwinden und
- in der Zeit der erzwungenen Trennung die Folgen der Teilung für die Menschen in Deutschland erträglicher zu gestalten.

Beide Aufgaben sind für uns gleichermaßen verbindlich. Wir können und wollen die offene deutsche Frage nicht ignorieren und begraben

in der DDR und in den Ostgebieten des Deutschen Reiches haben, aber auch für die Deutschen in ganz Ost- und Ost-Mittel-Europa.

Wir hatten nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Ausbruch des Ost-West-Konflikts die große Chance zum Bündnis mit den westlichen Demokratien. Wir gehören diesem Bündnis an, weil es um eine Wertegemeinschaft geht, weil wir selber eine Demokratie sind und bleiben wollen, im Klartext: weil wir

Wiedervereinigung:

Der Auftrag bleibt

Niemals auf die Einheit der Nation verzichten

VON DR. OTTFRIED HENNIG MdB

Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen

ben. Dafür gibt es im wesentlichen drei Gründe: Die nationale Frage zu begraben, widerspricht erstens dem nationalen Selbstbewußtsein in allen Teilen unseres Volkes. Es erscheint mir abwegig, selbstquälerisch zu fragen, ob wir Deutschen noch ein Volk, ob wir noch eine Nation sind. Wir sind es! In ihrer großen Mehrheit fühlen sich die Deutschen hüben und drüben und die über eine Million Deutschen in den Ostgebieten des Deutschen Reiches einander solidarisch verbunden und einem gemeinsamen Volk zugehörig.

Das Bewußtsein der nationalen Einheit ist trotz aller staatlichen und gesellschaftspolitischen Trennung immer noch selbstverständlich und unversehrt. Denn was sind 40 Jahre der Trennung und Teilung vor einem nationalen Bewußtsein, das sich auf eine vielhundertjährige Geschichte im Kreise der übrigen Nationen Europas stützt — sich stützt auf eine alte gewachsene Kultur, auf eine ausgeprägte Eigenart und auf eine gemeinsame Sprache mit einer großen Literatur. Was sind da 40 Jahre der Trennung?

Der zweite Grund, der uns hindert, die nationale Frage zu begraben, liegt in der unleugbaren Verantwortung, welche wir für die Deut-

nicht unter sowjetische Vorherrschaft geraten wollen. Wir stehen zu dieser Entscheidung, auch weil wir wissen, daß alle Deutschen, auch die Deutschen in der DDR, hätten sie je die Entscheidungsfreiheit gehabt, nicht anders entschieden hätten.

Uns Westdeutschen fällt damit der in jeder Hinsicht bessere Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte zu. Wir dürfen in Freiheit leben und müssen uns nicht mit den endlosen Mängeln und Schwierigkeiten einer zentral geplanten Verwaltungswirtschaft sowjetischen Musters herumschlagen oder gar ein Leben als Menschen zweiter Klasse fristen. Wir genießen Menschenrechte und Grundfreiheiten wie noch nie in der Geschichte deutscher Staatlichkeit. Wir können uns frei bewegen und ungehindert reisen. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und eine unabhängige, kritische Öffentlichkeit sind uns selbstverständlich.

Das wissen nicht nur wir, das wissen auch die Menschen in der DDR und in den deutschen Ostgebieten sehr genau. Sie müssen zu dem Schluß kommen, daß sie es sind, die für den verlorenen Krieg in erster Linie zu bezahlen haben.

Diese ungleiche Lastenverteilung erlegt uns die selbstverständliche Verpflichtung auf, uns beharrlich und phantasiereich um die Verbesserung des Loses unserer Landsleute zu bemühen. Hier liegt ein Ziel unserer gesamtdeutschen Politik, unserer Politik des Verhandeln, des Interessenausgleichs und der Zusammenarbeit mit der DDR und den Staaten Osteuropas. Denn wir wollen und müssen die Teilung für diejenigen erträglicher machen, die unter ihr am meisten zu leiden haben. Das ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, ein Gebot des menschlichen Anstandes und der nationalen Solidarität.

Der dritte Grund für uns, die deutsche Frage nicht zu begraben, hat mit politischer Klugheit und politischen Prinzipien zu tun.

Das Grundgesetz setzt den Wert der nationalen und staatlichen Einheit nicht absolut. Ihm zur Seite rückt es andere Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung und Frieden. Eine nationalistische Deutschlandpolitik, welche das Ziel der Einheit zu Lasten anderer Werte selbstständig, darf es nach dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes nicht geben.

Die Väter des Grundgesetzes zogen damit die Lehre aus der jüngsten deutschen Geschichte. Die nationalistische Verherrlichung von Volk und Nation führte zur Entartung des Nationalstaates, zum nationalen Machtstaat, der sich unumschränkt zur Gewalt berechnete. Seine Politik trieb Deutschland und Europa in eine beispiellose Katastrophe. Nicht nur, daß 50 Millionen Menschen während des Zweiten Weltkrieges ihr Leben verloren.

Das politische Ergebnis des Zweiten Weltkrieges — das Vordringen der Sowjetunion bis zur Elbe — dauert leider unübersehbar fort: Ein Viertel des deutschen Volkes und die Nationen Osteuropas haben mit ihrer inneren Freiheit auch die äußere Freiheit weitgehend eingebüßt.

Den Vätern unseres Grundgesetzes stand deutlich vor Augen, daß es eine von Bindungen und Rücksichten gelöste nationalistische Politik war, die Europa und Deutschland in die Katastrophe geführt hatte.

Sie wußten, und jeder von ihnen hatte es zu seinen Lebzeiten erfahren: Ein Staat, der seinen Bürgern um angeblich höherer Staatsziele willen die innere Freiheit verwehrt, gibt auch nichts auf die Freiheit anderer Völker. Sie wußten deshalb, was sie taten, als sie den Wert der nationalen und staatlichen Einheit nicht absolut setzten, sondern ihn mit den Werten Freiheit, Selbstbestimmung und Frieden verbanden. So forderten sie das deutsche Volk auf, „in

Es geht um den Imperativ Kants

freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“.

Die deutsche Frage zu begraben, wäre also ebenso wirklichkeitsfremd wie unmoralisch. Wir dürfen die deutsche Frage nicht aufgeben. Wir müssen vielmehr darauf bestehen, daß die deutsche Frage eine Antwort erfordert, und zwar eine solche, die mit den Prinzipien der freiheitlichen Demokratie vereinbar ist. Wir dürfen nicht zulassen, daß jemals eine Politik in Deutschland gemacht wird, die die Interessen Deutschlands und der deutschen Nation von Demokratie und Freiheit trennt.

Der verstorbene Ost-Berliner Wissenschaftler Prof. Dr. Robert Havemann machte dies zum Beispiel in einer Fernsehsendung („Report“, Mai 1976) deutlich: „Die Deutschen denken gar nicht daran, die Zerstörung ihrer nationalen Einheit einfach hinzunehmen. Und alles, was bis jetzt sich nach dem Krieg entwickelt hat, hat nach wie vor einen provisorischen Charakter. Man weiß auch, daß die DDR ebenso wie die Bundesrepublik einfach nur bestehen können wegen der internationalen Spannungen zwischen Ost und West, wegen der ungelösten Weltfragen also eine provisorische Situation darstellen.“ Soweit es die Offenheit und die Offenhaltung der deutschen Frage angeht, ist Prof. Havemann in vollem Umfang zu folgen.

Es geht nicht um die Frage, wer heute in die unfreie Heimat zurückkehren will. Es geht auch nicht um die Frage eines baldigen Termins für die Lösung der deutschen Frage. Hier wird ein Popanz aufgebaut. Es geht einzig und allein um die Frage, ob wir an unserem Recht, unserem in Jahrhunderten wohlverwobenen Recht auf die Heimat festhalten. Es geht um die Frage, ob wir mit dem Blick auf eine europäische Friedensordnung so viel wie möglich von Deutschland retten und verteidigen. Es geht um die Frage, ob wir uns unserer Immanuel Kant als würdig erweisen, der mit seinem moralischen Imperativ gewiß nicht nur Seminare der Albertina erreichen wollte, sondern für alle menschlichen Wesen bleibende Maßstäbe formulierte.